

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin:	Donnerstag, 06.10.2022
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:52 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Michael Schernikau CDU

Mitglieder

Heidemargret Garling CDU

Kay Burmester CDU

Julian Fresch CDU

Christian Fuchs CDU

Jörg Keller CDU

Michael C. Kissig CDU

Jan Lüchau CDU

Christoph Matthiessen CDU

Stephan Schwartz CDU

Herbert Thomascheski CDU

Manfred Eichhorn SPD

Rüdiger Fölske SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Claudia Wittburg SPD

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Renate Koschorrek FDP

Nina Schilling FDP

Martin Schumacher FDP

Andrea Spangenberg FDP

Angela Drewes WSI

René Penz WSI

Andreas Schnieber WSI

Patrick Eichberger DIE LINKE

Bastian Sue DIE LINKE

Olaf Wuttke Fraktionslos

Jugendbeirat

Franziska Zonak Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Helga Nikodem Seniorenbeirat

Verwaltung

Gernot Kaser

Bürgermeister

Jörg Amelung

Rolf Jagemann

Volkmar Scholz

Gisela Sinz

Niklas Viehmann

Protokollführung

Ralf Waßmann

AbwesendMitglieder

Lothar Barop

SPD

entschuldigt

Heidi Keck

SPD

entschuldigt

Wolfgang Rüdiger

SPD

entschuldigt

Aysen Ciker

Bündnis 90 / Die Grünen

entschuldigt

Rainer Hagendorf

Bündnis 90 / Die Grünen

entschuldigt

Dr. Ralf Sonntag

Bündnis 90 / Die Grünen

entschuldigt

Gudrun Nagel

WSI

entschuldigt

Dr. Detlef Murphy

DIE LINKE

entschuldigt

Dennis Lobeck

Fraktionslos

entschuldigt

Gabriele Ulm

Fraktionslos

entschuldigt

Umweltbeirat

Bianka Sievers

Umweltbeirat

entschuldigt

Gäste:

1x Einwohnerin

1x Vertreterin der örtlichen Presse

Der Stadtpräsident Herr Schernikau begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates durch Anwesenheit von 29 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Ratsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte 8-10.2.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 08.09.2022

- | | | |
|-------------------------------|--|--------------|
| 3 | Nachbesetzung von Gremien | |
| 3.1 | Antrag der CDU-Fraktion
hier: Nachbesetzung von Gremien | ANT/2022/023 |
| 4 | Antrag der SPD-Fraktion
hier: Energiekosten | ANT/2022/020 |
| 5 | Interessenbekundungsverfahren für das Bundesprogramm
"Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen
Sport, Jugend und Kultur" für die Sanierung der
Steinberghalle in Wedel | BV/2022/088 |
| 6 | Bebauungsplan Nr. 76 Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand
Teilbereich II zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-
Platz; hier: Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur
Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden | BV/2022/077 |
| 7 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 7.1 | Personalbericht 2022 | MV/2022/078 |
| 7.2 | Beteiligungsbericht 2022 | MV/2022/079 |
| 7.3 | Bericht der Verwaltung | |
| 7.4 | Öffentliche Anfragen | |
| 7.4.1 | Begründung Ostmole; Anfrage der CDU-Fraktion und
Beantwortung der Verwaltung | MV/2022/090 |
| 7.4.2 | Anfrage der CDU-Fraktion
hier: Betreuungskosten; Vereinbarkeit von
kommunalpolitischem Ehrenamt und Familie | ANF/2022/011 |
| 7.4.3 | weitere mündliche Anfragen | |
| nichtöffentlicher Teil | | |
| 8 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der
Sitzung vom 08.09.2022 | |
| 9 | Kindertagesstätten in Wedel;
hier: neue Trägerverträge für den Übergangszeitraum für
das Deutsche Rote Kreuz, Kita Spatzennest und Kita
Flerrentwiete | BV/2022/079 |
| 10 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 10.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 10.2 | Nichtöffentliche Anfragen | |
| Öffentlicher Teil | | |
| 11 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 08.09.2022

Es gibt keine Änderungswünsche zu dem Protokoll.

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls der Sitzung vom 08.09.2022 wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

3 Nachbesetzung von Gremien

3.1 Antrag der CDU-Fraktion

hier: Nachbesetzung von Gremien

ANT/2022/023

Herr Kissig stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Beschluss:

Der Rat beschließt die folgenden Neu- bzw. Umbesetzungen:

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

<u>Funktion</u>	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
3. Stellvertreter/in	Regina Brodersen	Bernhard Weidenbach
4. Stellvertreter/in	Kay Burmester	Sabine Zedler
5. Stellvertreter/in	Jörg Keller	Kay Burmester

Sozialausschuss

<u>Funktion</u>	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
1. Stellvertreter/in	Janik Schernikau	Regina Brodersen
2. Stellvertreter/in	Peter Kramer	Bernhard Weidenbach

3. Stellvertreter/in	Christoph Matthiessen	Alina Schultz
4. Stellvertreter/in	Regina Brodersen	Christoph Matthiessen
5. Stellvertreter/in	Jörg Keller	Janik Schernikau

Umwelt-, Bau-, und Feuerwehrausschuss

Funktion	bisher	neu
4. Stellvertreter/in	Herbert Thomascheski	Hendrik Thomascheski
5. Stellvertreter/in	Jörg Keller	Alina Schultz

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 Antrag der SPD-Fraktion hier: Energiekosten

ANT/2022/020

Frau Jacobs-Emeis und Herr Fresch berichten, dass dieser Antrag bereits im Sozialausschuss diskutiert und dort leicht verändert wurde. Im Sozialausschuss wurde die Auskunft erteilt, dass das Personal sowieso aufgestockt werde. Die ursprünglichen Anträge waren zu kurzfristig, um im Sozialausschuss einen Beschluss zu fassen, inhaltlich bestand jedoch Einvernehmen der Fraktionen.

Herr Kissig erläutert, dass die CDU nicht ganz glücklich mit dem Antrag sei. Die Stadtwerke beraten bereits die Bürgerinnen und Bürger, die ihre Energiekosten nicht mehr tragen können. Dies sei auch bereits bekannt. Der Antrag schränke die Verwaltung von vornherein zu sehr ein, wobei die Zielsetzung nicht konkret genug sei. Der Antrag solle daher als Arbeitsauftrag an die Stadt und die Stadtwerke gegeben werden sowie eine Befristung bis Mitte des Jahres erhalten. Die Verwaltung solle aufgrund der dynamischen Situation im Sozialausschuss regelmäßig berichten. Nach der aktuellen Situation sollte dies zum Anlass genommen werden, ein dauerhaft funktionierendes Hilfsangebot zu entwickeln.

Herr Kissig bittet, nicht über den Antrag abstimmen zu lassen, sondern lediglich als Auftrag an die Verwaltung zu geben.

Die CDU werde sich bei einer Abstimmung enthalten.

Frau Kärgel weist darauf hin, dass ein Beschluss aller Fraktionen aufgrund der Außenwirkung sehr wichtig sei. Es sei schwierig einzuschätzen, ob die Entlastungspakete des Bundes ausreichend seien. Es sollte jetzt eine Entscheidung getroffen werden.

Frau Jacobs-Emeis hält an dem Antrag fest, da dieser zwar präzise aber dennoch offen formuliert sei. Es bestehe genügend Handlungsspielraum.

Die WSI kann die Punkte der CDU verstehen, sieht aber hinter einem Beschluss ein starkes Zeichen, sodass die Fraktion zustimmen werde.

Für die Linken werde das Problem noch unterschätzt. Der vorliegende Antrag helfe den Menschen nicht genug, da sie trotz Beratung Schwierigkeiten haben, die Rechnungen zu bezahlen. Der eigene Antrag der LINKEN zur Einrichtung eines Härtefonds wurde bereits mehrheitlich abgelehnt.

Die FDP trage den Antrag der SPD mit und stellt den Änderungsantrag, in Ziffer 1. Das Wort „weiter“ einzufügen, sodass der Satz lautet „Die Verwaltung wird beauftragt, mit den

Stadtwerken **weiter** über Möglichkeiten Beratungen für diejenigen BürgerInnen zu sprechen, die Ihre Energiekosten nicht mehr tragen können.“

Die SPD ergänzt diesen Änderungsantrag mit einer Änderung in Ziffer 4, sodass diese nun lautet „Für nicht bei den Stadtwerken vertraglich gebundene BürgerInnen sowie alle neu Wohngeldberechtigten **hat** die Stadt ein integriertes Beratungsangebot Wohngeld/ Energiekosten **eingerrichtet**. Dieses Beratungsangebot wird offensiv öffentlich bekannt gemacht.

Herr Waßmann ergänzt zu Punkt 4 des Antrages, dass bereits seit vier Wochen solche Beratungsgespräche geführt werden. Durch die geplanten Änderungen im Wohngeldbezug komme es automatisch zu einer erweiterten Beratung. Der Fachdienst Soziales werde daher personell aufgestockt werden. Eine besondere Stelle zur Beratung über Energiekosten sollte daher nicht eingerichtet werden, so wie es noch in der Ursprungsversion des Antrages im Sozialausschuss beschrieben wurde.

Der Stadtpräsident lässt über den veränderten Antrag mit der vorgeschlagenen Formulierung in Ziffer 1 und Ziffer 4 abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Stadtwerken weiter über Möglichkeiten Beratung für diejenigen BürgerInnen zu sprechen, die Ihre Energiekosten nicht mehr tragen können.
2. Dazu soll schon nach der ersten nicht getätigten Abschlagszahlung ein Anschreiben der Stadtwerke mit Hinweis auf alle Beratungsmöglichkeiten (Sozialamt, Sozialberatung, Schuldnerberatung, ...) erfolgen und die Stadtwerke ihrerseits ein Angebot zum direkten Gespräch über die weiteren Zahlungsmodalitäten machen.
3. Bevor etwaige Abschaltungen erfolgen, soll den Kunden angeboten werden, durch **VERBINDLICHE** Beratung (Unterschrift) einen Zahlungsaufschub bis Ende April bzw. mögliche Ratenvereinbarungen zu erhalten.
4. Für nicht bei den Stadtwerken vertraglich gebundene BürgerInnen sowie alle neu Wohngeldberechtigten **hat** die Stadt ein integriertes Beratungsangebot Wohngeld/ Energiekosten eingerichtet. Dieses Beratungsangebot wird offensiv öffentlich bekannt gemacht.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja

2 Nein 2x DIE LINKE)

11 Enthaltungen (11x CDU)

5	Interessenbekundungsverfahren für das Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" für die Sanierung der Steinberghalle in Wedel	BV/2022/088
---	--	--------------------

Frau Sinz stellt die Beschlussvorlage vor und bringt sie ein. Es handelt sich bei dem Bundesprogramm um ein Zwei-Phasen-Förderprogramm. Im ersten Schritt gehe es um ein Interessenbekundungsverfahren an welches sich in der zweiten Phase die Antragstellung zur Förderung anschließe.

Nun werde der Beschluss des Rates benötigt. Die Förderhöhe würde 45 % betragen, da die Stadt Wedel nicht die Kriterien für eine Haushaltsnotlage erfülle.

Im November werde es zu den Baumaßnahmen eine Beschlussvorlage im Umwelt-, Bau-,


und Feuerwehrausschuss geben. Es gebe bisher eine Kostenschätzung sowie einen Vorentwurf. Es werde davon ausgegangen, dass die Sanierung rund 3,5 Mio. Euro kosten werde. Die Sanierung betreffen würde das Leitungssystem, die Sanitäranlagen, eine Deckenstrahlheizung, ein neuer Boden, eine neue Tribüne sowie die Beleuchtung. Eine ausführliche Beschreibung werde im UBF vorgestellt.

Herr Schnieber fragt nach, ob die nun geplanten Maßnahmen bisher auch politischer Wille bzw. Beschlussstand oder ob aufgrund des Förderprogramms neue Maßnahmen hinzugekommen seien. Er habe in Erinnerung, dass die ursprünglichen Kosten auf deutlich unter 3,5 Mio. Euro geschätzt wurden.

Frau Sinz erläutert, dass keine zusätzlichen Maßnahmen ergänzt wurden und sich die nun höhere Kostenschätzung mit den stark gestiegenen Baukosten begründe.

Auf Nachfrage von Herrn Kissig schätzt Frau Sinz ein, dass die Förderquote nicht auf die Gesamtsumme der Maßnahmen berechnet werden könne, da der Fokus des Förderprogramms auf Klima und Barrierefreiheit liege. Es sei noch unklar, ob die Maßnahmen für die Erneuerung des Bodens, die Tribüne oder das Leitungssystem ebenfalls in die Förderung fallen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel billigt die Teilnahme am Projektlauf 2022 mit der entsprechenden Projektskizze „Sanierung Steinberghalle“ für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6	Bebauungsplan Nr. 76 Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand Teilbereich II zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-Platz; hier: Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden	BV/2022/077
---	---	--------------------

Herr Burmester stellt die Vorlage vor. Das Projekt sei bereits seit 2009 immer mal wieder Thema im Planungsausschuss gewesen. Die Beschlussvorlage wurde im Planungsausschuss einstimmig empfohlen.

Herr Wuttke führt ebenfalls aus, dass das Thema bereits seit längerer Zeit diskutiert wurde und weist darauf hin, dass nun zunächst der Aufstellungsbeschluss gefasst werde und der Weg erst in 3-4 Jahren fertig gestellt werden könne.

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan Nr. 76 „Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand Teilbereich 2 zwischen Schulauer Straße und Gorch-Fock-Platz“ aufzustellen, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 76 Teilbereich umfasst die Flurstücke 39/4 (teilweise), 39/5 (teilweise), 41/12, 41/13 (teilweise), 41/18 (teilweise), 41/8, 41/9 (teilweise), 41/11, 47/3 (teilweise), 49/9 (teilweise) und 66/9 (teilweise), Flur 10, Gemarkung Wedel sowie 9/189 (teilweise), Flur 2, Gemarkung Schulau.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

7.1 Personalbericht 2022

MV/2022/078

Frau Süß weist auf Ihre protokollierten Ausführungen aus der HFA Sitzung am 26.09.2022 hin. Die Personalsituation sei erschreckend. Die Hauptherausforderung liege bei den Aspekten Führung und Karrieremöglichkeit. Sie richtet den Appell an die Politik, dass diese auch ein Teil des Ganzen seien und durch ihr Tun und Handeln dafür Sorge tragen können, dass die Mitarbeitenden gerne arbeiten und gerne in die Sitzung kommen.

Sie richtet einen Dank an das gesamte Personal.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2 Beteiligungsbericht 2022

MV/2022/079

Frau Jacobs-Emeis fragt in Bezug auf die Summe, die für die Sanierung des zweiten Grundwasserleiters im Businesspark zur Verfügung stehe, ausreichend sei. Herr Amelung antwortet, dass derzeit davon ausgegangen werde, dass die Mittel reichen. Momentan sei sehr ungewiss, welches Verfahren dafür überhaupt geeignet sei.

Auf Nachfrage zu wedel.de wird erläutert, dass die Ausgaben, die in 2021 aufgrund eines erforderlichen Rechtsgutachtens erhöht anfielen, in 2022 wieder geringer ausfallen werden.

Auf Nachfragen zur Personalsituation für wedel.de wird erläutert, dass wedel.de generell ein Zuschussgeschäft sei, da die Einnahmen die erforderlichen Stellenanteile nicht überschreiten. Da es bei wedel.de um ein Informationsangebot für die gesamte Stadt gehe, sei die Kostendeckung daher nicht im Fokus. Für die aktuelle Stellenausschreibung liegen nun Bewerbungen vor. Generell sei es momentan schwierig, geeignetes Personal für viele Stellen zu finden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.3 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

7.4 Öffentliche Anfragen

Herr Fölske erkundigt sich, was sich hinter WedelTV verberge. Der Bürgermeister antwortet, dass sich hinter WedelTV eine Art Verein stecke, der in ganz Schleswig-Holstein tätig sei und mit Landesmitteln gefördert werde. Dieser Verein sei neutral und unabhängig und setze sich für mehr Transparenz ein.

Herr Sue ergänzt, dass dort professionelle Journalisten aus unterschiedlichen Ländern zusammenarbeiten und die Integration fördern wollen. Es werden u.a. in verschiedenen Formaten und Sprachen die Institutionen der Stadt vorgestellt.

Ratssitzungen könnte dieser Verein wahrscheinlich auch streamen. Daher richtet Herr Sue die Bitte an die Ratsmitglieder, darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen sie



grundsätzlich für ein solches Streaming Angebot offen seien.

7.4.1 Begrünung Ostmole; Anfrage der CDU-Fraktion und Beantwortung der Verwaltung

MV/2022/090

Herr Burmester führt zu dieser Anfrage aus, dass diese kurzfristig in der letzten HFA Sitzung am 26.09.2022 gestellt wurde. Er bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die schnelle Beantwortung.

Im Nachgang an die Sitzung stellt Herr Burmester seine Ausführungen fürs Protokoll zur Verfügung:

“1. Unsere Anfrage „der Bürgermeister wird gebeten, die Position der Stadt Wedel, dass der politische Beschluss vom 27.06.2022 (BV/2016/082) als Grundlage für die in Auftrag gegebene Begrünung der Ostmole dient abzusichern“

Hierzu führt der Bürgermeister aus, „die im Bereich der Ostpromenade vorgesehenen Baumpflanzungen sind Teil der mit dem Zuwendungsantrag eingereichten Gestaltungsplanungen. Diese stellt die verbindliche Grundlage für die Umsetzung der Maßnahme dar und ist damit eine Grundlage für die Finanzierung mit Städtebauförderungsmitteln“

Wir vermuten, dass damit auf die BV/2016/082 nebst angehängter Präsentation aus 2016 abgezielt wird. Diese BV sieht aber nur vor, dass der vorgestellte Vorentwurf für die weitere Planung zu verwenden. Eine weitere Befassung hat weder im PLA noch im Rat stattgefunden. Eher zufällig hat der PLA Ende September 2022 erfahren, dass die Begrünung von der Verwaltung in Auftrag gegeben worden ist.

Deshalb möchten wir nochmals nachfragen: Gibt es einen politischen Beschluss zu der von der Verwaltung in Auftrag gegebenen Begrünung der Ostmole?

2. Unsere Anfrage „wie stuft die Verwaltung das Risiko von Klagen, oder etwaige Rückforderungsansprüche, etwa bezüglich der Sanierungsabgaben, oder sonstige Schadensansprüche z.B. Rückbauverpflichtungen ein?“

In der Beantwortung wird nur, und das unvollständig, das allgemeine Sanierungsverfahren nach § 154 Abs.3 Satz 1 BauGB beschrieben - das beantwortet jedoch unsere Frage nicht!

Was die Verwaltung nicht mitteilt, ist das die Eigentümer, die einen Zahlungsbescheid erhalten, um den Sanierungsvermerk aus dem Grundbuch löschen lassen zu können gemäß §154 Abs 4 Satz 2 das Recht zur Stellungnahme binnen 4 Wochen haben. In diesem Zeitraum besteht die Möglichkeit den tatsächlichen Wertzuwachs der Grundstücke zu erörtern.

Nach unserer Recherche gibt es im Sanierungsgebiet u.a. allein 15.000 - 20.000 Quadratmeter noch zu bebauende Flächen. Bei dem derzeitigen Ausgleichsbetrag von 60 Euro/Quadratmeter sind hier Einnahmen für die Stadt Wedel in Millionenhöhe zu erwarten.

Wir befürchten, dass die Stadt Wedel auf die Ausgleichbeträge lange warten muss, und möglicherweise viele Eigentümer den vom Gutachterausschuss festgelegten Preis nicht zahlen werden wollen, da der Hafen ja als Verbesserung verkauft werden soll, aber in Wahrheit den Eigentümern nur der vorherige Elbblick genommen wurde. Auch vor dem Hintergrund der mehr als angespannten Haushaltslage der Stadt Wedel bitten wir erneut um eine belastbare Risikoeinschätzung durch den Bürgermeister.“

Herr Schumacher legt ebenfalls seinen Beitrag nachträglich zum Protokoll vor:

„ Von den Argumenten aus dem Planungsausschuss trägt kein einziges für die jetzt ab-



sehbare Entwicklung in der neuen Grünanlage:

1. Von den Baumarten und ihrem Wachstumspotential haben wir alle erst durch den jüngsten Pflanzplan im September erfahren. Die absehbare Entwicklung der Bäume steht dabei in erheblichem Gegensatz zu den Zielen der Molengestaltung, nämlich Stadt und Hafen zusammenzubringen und insbesondere die Blickbeziehungen zu fördern.
2. Am Mühlenteich und in der Schulauer Straße sowie in der Hafencity kann sich jeder überzeugen, wie das Wachstum der Bäume auch in aufgeschütteten Lagen verläuft. Absehbar sind Höhen von mehr als 20 Metern auch in schlechtem Boden und ein Zusammenwachsen der Kronen mit einer intensiven Riegelwirkung.
3. Der Hinweis auf regelmäßige Kronenpflege geht fehl, weil diese - wie die Antworten auf die Anfrage der CDU zeigt - die Verkehrssicherheit und die Gesundheit der Bäume fördern soll und nicht die Blickbeziehungen zwischen Anwohnern und Hafen und Elbe.
4. Die Bitte des Bürgermeisters, wir sollten doch auf die Fachleute hören, geht ebenfalls ins Leere, weil die Fachlichkeit der Planer gar nicht in Frage steht. Es geht um die Beziehung von durch städtische Maßnahmen betroffenen Bürgern zu ihrer Stadt, dafür bedarf es keiner Fachplaner, da müssen wir selber entscheiden.
5. Neben den Blickbeziehungen ging es im Planungsausschuss auch um die Standsicherheit der Bäume bei Starkwind und um die Hebelwirkung. Da zeigen die Bilder aus der Hafencity, dass Bäume dort bei weniger starkem Wind mit einem schweren Metallkorsett gesichert werden müssen, das kann eigentlich niemand wollen.
6. Nachdem im Planungsausschuss keine Mehrheit dafür zu finden war, die Verwaltung um Gespräche mit den Anwohnern zu bitten, bleibt nur die Bitte, das Konzept noch einmal zu verändern, was einzelne Bäume angeht und dann die Weiden so zu behandeln, dass sie sich zu Kopfweiden entwickeln.
7. Damit wären sie regelmäßig in ihrer Höhenentwicklung begrenzt, sie würden gut in die Landschaft passen, die vielerorts in der Marsch und an Gewässern durch Kopfweiden geprägt ist. Sie würden, wenn sie ausgeschlagen haben, den erwünschten Schatten spenden und sie sind ein hervorragender Nistplatz für Vögel und Fledermäuse. Das wäre ein Kompromiss, der allen dient und weder Geld noch Zeit kostet.“

Herr Sue führt aus, dass beim alten Hafen ebenfalls Bäume vorhanden waren und alle, die neu hinzugezogen seien, es hätten wissen können, dass dort neue Bäume hinkommen. Er fragt, welche Rechte die Bürgerinnen und Bürger hätten, die da nicht wohnen und sich dort Bäume wünschen, auch aus Klimagründen.

Herr Ulbrich ergänzt, dass es Bodenverankerungen gibt, die dort eingebaut werden sollen. Die Baumaßnahmen werden von einer kompetenten Firma ausgeführt und die Planungen dafür haben Fachleute vorgenommen. Er finde es schade, dass nun kurz vor Fertigstellung solche Diskussionen zu Stande kommen.

Herr Dr. Sonntag fügt hinzu, dass die Diskussion vor dem Hintergrund des Klimanotstandes gruselig sei, nur, weil jetzt 100 Bürgerinnen und Bürger die Elbe nicht mehr sehen könnten.

Frau Drewes sieht die Sache wie Herr Sonntag. Dem Hafen werde vorgeworfen, dass dieser

zu grau sei.

Herr Schernikau unterbricht die entstehende Diskussion und bittet die Verwaltung, die Fragen vollständig zu beantworten.

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

7.4.2 Anfrage der CDU-Fraktion

hier: Betreuungskosten; Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Ehrenamt und Familie

ANF/2022/011

Herr Kissig verliest die Anfrage zu den Betreuungskosten und bittet um Beantwortung in der nächsten HFA Sitzung.

Frau Wittburg berichtet von positive Erfahrungen bei der Abrechnung der Betreuungskosten. Das Problem, welches in der Anfrage geschildert werde, habe sie so nicht wahrgenommen.

Herr Amelung sagt zu, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde. Einige Aussagen in der Anfrage seien nicht korrekt. Es gebe rechtliche Grauzonen, was die Fraktionssitzungen und die Sondersitzungen wie Klausurtagungen angehe, aber die Erstattung der Betreuungskosten haben nichts damit zu tun, ob die jeweiligen Personen eine pauschale Aufwandsentschädigung oder ein sitzungsbezogenes Sitzungsgeld erhalten.

7.4.3 weitere mündliche Anfragen

Herr Fölske erkundigt sich, was sich hinter WedelTV verberge und ob diese Ratssitzungen streamen könne. Der Bürgermeister antwortet, dass WedelTV ein Projekt sei, welches mit Landesmitteln gefördert und in vielen Städten in Schleswig-Holstein durchgeführt werde. Dieser Verein sei neutral und unabhängig und setze sich für mehr Transparenz ein.

Herr Sue ergänzt, dass dort professionelle Journalisten aus unterschiedlichen Ländern zusammenarbeiten und die Integration fördern wollen. Es werden u.a. in verschiedenen Formaten und Sprachen die Institutionen der Stadt vorgestellt. Ratssitzungen könnte dieser Verein wahrscheinlich auch streamen. Daher richtet Herr Sue die Bitte an die Ratsmitglieder, darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen sie grundsätzlich für ein solches Streaming Angebot offen seien.

Herr Wuttke habe heute in der Straße Rosengarten bemerkt, dass gegen 13:45 Uhr alle Straßenlaternen an waren. Herr Matthiessen antwortet, dass die Laternen vermutlich aufgrund einer Wartung / Kontrolle am Tag angeschaltet waren.

Herr Wuttke fragt, wie die Energieeinsparung im Rathaus erzielt werden soll und ob es eine Anweisung an die Mitarbeitenden gegeben habe, welche Maßnahmen in den Büros ergriffen werden sollen.

Herr Kaser antwortet, dass er das Gefühl habe, dass derzeit alle stark für das Thema sensibilisiert seien und habe daher keine Notwendigkeit für verbindliche Anweisungen gesehen. Frau Sinz ergänzt, dass die Temperatur im Rathaus bereits Ende September zentral abgesenkt wurde und derzeit geprüft werde, an welchen Stellen sinnvoll unterschiedliche Beleuchtungssysteme, beispielsweise mit Bewegungsmelder, eingesetzt werden können.

Herr Sue gibt einen Hinweis weiter, den er aus der Einwohnerschaft erhalten habe, dass in den Sitzungen beim erstmaligen Aufrufen der Person für einen Wortbeitrag zusätzlich zu dem Namen auch die Fraktion genannt werde solle, um den Bürgerinnen und Bürgern das

Verfolgen der Sitzung erleichtern zu können.

Auf Nachfrage von Frau Drewes bezüglich einer übermäßigen Beheizung der Schulen und Sporthallen entgegnet Frau Sinz, dass dies eigentlich nur in der Steinberghalle der Fall sei, da dort die Heizung nicht regelbar sei. Eine Veränderung sei bereits in Arbeit.

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Stadtpräsident stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Unter TOP 9 hat der Rat den Vertragsabschlüssen mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) für die Kita Spatzennest und die Kita Flerrentwiete zugestimmt.

Anschließend bedankt sich Herr Schernikau bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 20:52 Uhr.

Vorsitz:

Gez. Schernikau

Michael Schernikau

Protokollführung:

Gez. Viehmann

Niklas Viehmann

